

Verlegenheiten

In den Europadebatten fehlt es an Ideen

Wer gegenwärtig Tagungen zum Thema Europa frequiert oder einschlägige Essays und Leitartikel dazu liest, gewinnt einen seltsamen Eindruck: Kaum neue Ideen in einer extrem neuen Situation, dafür fast überall Verlegenheiten.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus ist die gewaltsame Teilung des Kontinents zu Ende. Europa kann sich wieder als Gesamteuropa sehen lassen. Aber niemandem scheint dieses neu zugänglich gewordene Europa so recht ins Konzept zu passen. Man freut sich über die neugewonnene Freiheit Ost- und Südosteuropas; man macht sich Sorgen über die wirtschaftliche Zukunft der osteuropäischen Länder; äußert vor allem gegenüber den Ländern der Sowjetunion Zweifel, ob sie den Übergang von der staatlichen Zwangs- zur freien Marktwirtschaft schaffen; man begrüßt in Maßen das Unabhängigkeitsstreben der verschiedenen Nationalitäten und erschrickt zugleich über das Aufkommen der sog. neuen Nationalismen; man ist entsetzt darüber, wie wenig friedlich es in Teilen des nachkommunistischen Europa bereits wieder zugeht. Aber mit dem „neuen“ Europa als ganzem scheint man etwas Rechtes nicht so recht anfangen zu können.

Man wartet, beklagt, mahnt und gesteht seine eigene Hilflosigkeit ein oder auch nicht. Aber handfeste Ideen, geschweige denn Konzepte über die Gestalt Gesamteuropas, wie denn das vielbeschworene europäische Haus einmal aussehen könnte, sind nicht zu vernehmen.

Die Gründe dafür sind einsichtig. Die Selbstbefreiung Osteuropas traf uns gleichsam *über Nacht*. Das Ende der Blöcke ist wie ein Naturereignis über uns gekommen, die Vereinigung

Deutschlands ergab sich damit fast zwangsläufig. Aber einmal an das alte Blockdenken gewöhnt, kommen wir nur schwer davon los. Der Status quo hatte seine Vorteile, man wußte um Freund und Gegner. Die NATO gab Schutz. Mit der EG war man ein Stück weit vorangekommen, mit Ächzen und Stöhnen zwar und unter Einkalkulierung verschiedener Geschwindigkeiten; die Währungsunion, ob für alle Mitgliedsstaaten vollziehbar oder nicht, rückte näher; die politische Union, was immer man darunter sich vorstellt, war kein bloßer Traum mehr. Zum Schwur mußte es bisher nicht kommen. Der Zug zur Einigung im Westen verträgt sich durchaus mit Kritik an einer unmöglichen EG-Agrarpolitik, an der Brüsseler Bürokratie und am Europäischen „Scheinparlament“ in Straßburg. Ein Stück wenigstens meinte man mit der Einigung im Westen vorangekommen zu sein.

Jetzt mit diesem Osten, seiner ganz anderen Wirtschaftsverfassung, seinen für lange Zeit noch unstabilen politischen Verhältnissen, seinen vielen Völkern, Nationalitäten und Minderheiten ist alles komplizierter geworden. Endet Europa an den Ostgrenzen Polens, oder reicht es über den Ural hinaus? Wie soll sein Verhältnis zu Amerika und zur Sowjetunion, oder was als Nachfolgegebilde von ihr übrigbleibt, sein? Nach welchem Modell soll das künftige Gesamteuropa entstehen? Nach dem EG-Modell? *Peter Glotz* hat auf einer hochkarätigen Tagung der Katholischen Akademie in Bayern Ende September die Untauglichkeit des Modells einer politischen Gemeinschaft vom Nordkap bis Sizilien, von der Normandie bis in die Ukraine in den grellsten Farben beschrieben. So etwas gehe nicht, jedenfalls nicht auf demokratischer Grundlage. Ein Parlament, das 500 Millionen Europäer unterschiedlichster Provenienz und Interessen vertritt, sei nicht machbar.

Recht hatte er. Aber eine beschleunigte EG-Vollendung mit begrenzter westlicher Teilnehmerschaft an einer Währungs- und einer politischen Union, gruppiert um die Achse Frankreich/Deutschland, beschränkt im

wesentlichen auf diese beiden plus Benelux (Italien käme schon wegen seiner währungs- und haushaltspolitischen Defizite dafür nicht in Betracht), mit Assoziierung einiger mittel- und osteuropäischer Länder, wie es *Glotz* vorschwebte, könnte ein solches Modell Gesamteuropa gerecht werden? Würde sich dann um einen (wirklich konsistenten?) Kern reicher Länder nicht eine breite Peripherie von *Ländern zweiter europäischer Ordnung* bilden und damit nach Aufhebung der politischen Spaltung die wirtschaftliche Spaltung verewigt werden? Bleibt dann als Alternative noch etwas anderes als die Rückkehr zum Nationalstaat, die Nationalkonservative vom Schlage eines *Herbert Kremp* offenbar wieder herbeisehnen und die alle „weltoffenen Republikaner“ von *Glotz* bis *Oberndorfer* erschreckt? Europa hätte dann seine Zukunft schon hinter sich.

Aber warum nur undeutlich vom Europa der Regionen reden und zugleich vor der „Rückkehr der Stämme“ warnen (*Ralf Dahrendorf*) und sich nicht auf eine Struktur Europas wenigstens gedanklich zubewegen, die den einzelnen Völkern nicht Unmögliches abverlangt, ihnen Eigenleben sichert und doch Europa als Ganzes nicht aufgibt? *Glotz* hatte das Modell genannt, leider ohne sich damit zu befassen: Europa als „Pluralität mehrerer Staatsverbände“ (Staatenbünde), überwölbt von einer zu einem gemeinsamen Markt verdichteten und gesamteuropäischen Freihandels- und Sicherheitszone.

Europa als Ganzes ist für eine politische Union *zu groß*; schon Westeuropa ist dafür zu verschieden, und die Nationalstaaten unterschiedlichster Größe sind zu klein, um eigenständig existieren zu können, oder zu groß, um die gesamteuropäische Balance nicht zu gefährden. Ein Donaubund in Form einer politischen Konföderation könnte z. B. Slowenen, Kroaten, Ungarn, Slowaken, Tschechen weiterhelfen. Deutschland könnte sich „konföderieren“ durch einen gezielten und konsequenten Ausbau seiner bundesstaatlichen Ordnung zu einem Bund deutscher Länder und verlöre

damit sein nationalstaatliches Schreckpotential für Ost und West. Durch *bundesstaatliche Auflockerung* könnte auch in den westeuropäischen Ländern ein stärkerer Druck zu Regionalisierung entstehen, der dafür sorgt, daß sich in diesen Ländern auch die Minderheiten entfalten können, ohne daß sie um ihren Bestand als „Nation“ fürchten müssen.

Natürlich gilt es zwischen Idee, Theorie und Praktikabilität gründlich zu unterscheiden. Der Weg vom Modell zur Realität ist weit. Aber ohne ein neues, an Gesamteuropa orientiertes europäisches Modell kommt Europa nicht voran. Es wäre gelacht, wenn die *Völker der bisherigen Sowjetunion* unter dem Zwang der Verhältnisse und trotz all ihrer Gegensätzlichkeiten noch früher zu einem tragbaren Gemeinschaftsmodell unterschiedlicher Stufungen fänden als die „freien“ Mittel-, Süd- und Westeuropäer. *se*

Defensiv

Gewalt gegen Ausländer und ein Asylstreit ohne Ende

Es ist ebenso erstaunlich wie beängstigend zu sehen, wie gleichgültig alles in allem die bundesdeutsche Gesellschaft sich gegenüber der beispiellosen Welle von Gewalt gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte hierzulande verhält. Tagelang reißt die Kette der Anschläge nicht ab. Die abendliche Tagesschau ist gar nicht mehr in der Lage, jeden Vorfall einzeln per Bild zu dokumentieren, obwohl unter normalen Verhältnissen viele davon eine Erwähnung an vorderster Stelle im Nachrichtenüberblick verdient hätten. Städtenamen werden nur mehr verlesen, die das eigentlich zu Berichtende merkwürdig verschleiern, anstatt darüber zu informieren.

Nicht als ob nun gerade große Teile der deutschen Bevölkerung hüben wie drüben zu Steinewerfern und pöbelnden Horden geworden wären. So schlimm die einzelnen Vorfälle für sich genommen schon sind – das

eigentlich Beängstigende an der Lage ist das seltsame allgemeine Klima im Zusammenhang mit all dem, was mit Ausländern, Asylanten, Asylbewerbern und Einwanderern gegenwärtig *mehr empfunden* als wirklich *gedacht* wird. Die Vorfälle wären anders zu gewichten, wenn da nicht die verbreitete Meinung wäre, daß das Boot auf jeden Fall bis zum Überlaufen gefüllt sei. Es bedurfte nicht erst der Ergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, die sich für eine Hochrechnung auf die Verhältnisse in ganz Deutschland bekanntermaßen nur begrenzt eignen, um zu ermessen: Hier tickt eine Zeitbombe für den sozialen Frieden in Deutschland.

Die Neigung von Politikern und Parteien, jede positive Entwicklung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sich als Verdienste zuzurechnen, ist ebenso fragwürdig wie die entgegengesetzte Versuchung, ihnen alles Negative anzudichten. Dennoch kommt man kaum umhin, im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylantenfrage *politische Versäumnisse* in Bund wie Ländern anzumahnen. Wie immer nach dem Allparteiengespräch beim Bundeskanzler und nach der Konferenz der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern die Entwicklung in der Asylfrage weitergeht – der Prinzipienstreit der letzten Jahre um Grundgesetzänderungen *hat wertvolle Zeit verstreichen lassen*. Anstatt zu tun, was unterhalb einer Grundgesetzänderung möglich war und ist, schoben sich die Parteien den Schwarzen Peter gegenseitig zu, während die Problemlage immer belastendere Ausmaße annahm.

Die politischen Versäumnisse sind jedoch noch weitreichender: Die Beschränkung der öffentlichen Debatte auf die Frage, wie der unleugbare Mißbrauch des Asylrechts möglichst umgehend abgestellt werden könne, hat für eine Problembewältigung an sich zu wenig langfristige tragfähige Perspektiven eröffnet. Das Thema wurde *zu defensiv* angegangen – und der Bevölkerung blieb so die Möglichkeit versagt, sich nach und nach auf die wirklichen Dimensionen des Problems einzustellen. Selbst

wenn es gelänge, das Asyl nach Artikel 16 Grundgesetz vor Mißbrauch zu schützen, um es auf diese Weise für diejenigen wirkungsvoll zu erhalten, für die es gedacht ist, gelöst wäre damit wenig. Die Hoffnung, daß sich dadurch die weltweiten *Flüchtlingsströme* nachhaltig an Deutschland vorbeilenken ließen, ist unrealistisch. Auch der Hinweis darauf, man müsse die Ursachen der weltweiten Flüchtlingswelle bekämpfen, um so Wohlstand und soziale Sicherheit zu den Menschen und nicht die Menschen zu Wohlstand und Sicherheit kommen zu lassen, ist ebenso richtig, wie mit ihm herzlich wenig unmittelbar politisch geholfen ist. Selbst wenn es eines Tages gelänge, hier zu nachhaltigen Fortschritten zu kommen. Die Flüchtlingsströme heute und morgen lassen sich vorderhand kaum abstellen.

Wie immer die konkreten rechtlichen Regelungen für Asyl und Einwanderung in Deutschland aussehen, die deutsche Politik weckt im Grunde immer noch den Eindruck, als sei die Bundesrepublik eben nicht – ähnlich wie die Länder Mitteleuropas rundum auch – „faktisch ein Zuwanderungsland“, wie es jetzt erst wieder die kirchlichen Hilfswerke *Adveniat, Caritas, Misereor* und *Missio* in einer gemeinsamen Erklärung äußerten. Auf die Industriestaaten des Nordens warten Einwanderer aus den verschiedensten Teilen der südlichen Hemisphäre – im übrigen war es historisch nie anders, als daß die Menschen dorthin gezogen sind, wo ihnen aus ihrer momentanen aussichtslosen Lage heraus verheißungsvolle oder doch zumindest etwas bessere Lebensbedingungen winkten. Die Hoffnung, dies könnte angesichts des eklatanten Wohlstandsgefälles heute anders sein, erscheint wirklichkeitsfremd.

Den Zielländern Mitteleuropas bleibt nur der Versuch, die Ströme von Armutsfüchtlingen, soweit wie dies überhaupt nur möglich ist, auf eine humane und für alle Beteiligten erträgliche Weise zu kanalisieren. Dazu aber bräuchte man auch in Deutschland Ansätze zu einer kontrollierten Zuwandererpolitik, um die man sich aber weiterhin herumdrückt. *nt*